

Das Bürgergeld ist gesetzlich geregelt im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II). Es handelt sich um Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und gewährt ein menschenwürdiges Existenzminimum. Das Bürgergeld umfasst neben dem Regelbedarf (siehe unten) auch gegebenenfalls Mehrbedarfe (siehe Seite 2), die für besondere Lebenslagen wie beispielsweise Alleinerziehung, Schwangerschaft oder bei aus medizinischen Gründen erforderlicher kostenaufwändiger Ernährung berücksichtigt werden; zudem beinhaltet es auch die angemessenen Bedarfe für Unterkunft und Heizung, soweit die genannten Bedarfe nicht durch Einkommen oder Vermögen unter Beachtung von Absetzbeträgen gedeckt sind.

Regelbedarf

Der Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts umfasst insbesondere Bedarfe für Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Haushaltsenergie ohne die auf die Heizung und Erzeugung von Warmwasser entfallenen Anteile sowie Bedarfe zur Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft (das sogenannte soziokulturelle Existenzminimum). Der Regelbedarf wird als monatlicher Pauschalbetrag berücksichtigt. Über die Verwendung der zur Deckung des Regelbedarfs erbrachten Leistungen entscheidet der Leistungsberechtigte eigenverantwortlich. Neben regelmäßig anfallenden Bedarfen u. a. für Lebensmittel, sind auch unregelmäßig anfallende Bedarfe, wie z. B. Bedarfe für Bekleidung, aus den entsprechenden Leistungen zu decken. Die Höhe der maßgebenden Regelbedarfe ist der nachstehenden Tabelle zu entnehmen.

Regelbedarf beim Bürgergeld ab 01.01.2024

Berechtigte	Regelbedarf	SGB II
<ul style="list-style-type: none"> Alleinstehende Alleinerziehende Volljährige mit minderjährigem Partner 	563 Euro	§ 20 Absatz (Abs.) 2 S. 1
<ul style="list-style-type: none"> Volljährige Partner 	506 Euro	§ 20 Abs. 4
<ul style="list-style-type: none"> Volljährige bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres ohne eigenen Haushalt Personen unter 25 Jahre, die ohne Zusicherung des kommunalen Trägers umziehen (18-24 Jahre) 	451 Euro	§ 20 Abs. 2 S. 2 Nr. 1; § 20 Abs. 3 i.V.m. § 20 Abs. 2 S. 2 Nr. 1
<ul style="list-style-type: none"> Kinder bzw. Jugendliche im 15. Lebensjahr (14 Jahre) bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres minderjährige Partner (14-17 Jahre) 	471 Euro	§ 20 Abs. 2 S. 2 Nr. 1; § 23 Nr. 1
<ul style="list-style-type: none"> Kinder ab Beginn des 7. Lebensjahres bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (6-13 Jahre) 	390 Euro	§ 23 Nr. 1
<ul style="list-style-type: none"> Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres (0-5 Jahre) 	357 Euro	§ 23 Nr. 1

Mehrbedarfe

Im Einzelfall haben Leistungsberechtigte aufgrund besonderer Lebensumstände einen erhöhten Bedarf, der nicht durch den Regelbedarf gedeckt wird. Folgende Mehrbedarfe werden u. a. berücksichtigt:

- Schwangere haben ab der 13. Schwangerschaftswoche einen Anspruch auf einen Mehrbedarf von 17 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs.
- Bei Alleinerziehenden ist die Höhe des Mehrbedarfs abhängig vom Alter und der Anzahl der Kinder.
- Für erwerbsfähige behinderte Menschen wird ein Mehrbedarf von 35 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs anerkannt, wenn Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben im Sinne des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX – Rehabilitation und Teilhabe) tatsächlich gewährt werden.
- Bei Leistungsberechtigten, die aus medizinischen Gründen eine kostenaufwändige Ernährung benötigen, wird ein Mehrbedarf in angemessener Höhe berücksichtigt.
- Soweit im Einzelfall ein unabweisbarer, besonderer Bedarf besteht - z. B. Kosten der Wahrnehmung des Umgangsrechts mit dem Kind -, wird unter bestimmten Voraussetzungen ein Mehrbedarf anerkannt. Bei einmaligen Bedarfen ist Voraussetzung, dass ein Darlehen ausnahmsweise nicht zumutbar oder wegen der Art des Bedarfs nicht möglich ist.
- Soweit eine Schülerin oder ein Schüler aufgrund der jeweiligen schulrechtlichen Bestimmungen oder schulischen Vorgaben Aufwendungen zur Anschaffung oder Ausleihe von Schulbüchern oder gleichstehenden Arbeitsheften hat, sind sie als Mehrbedarf anzuerkennen.
- Soweit Warmwasser durch in der Unterkunft installierte Vorrichtungen (z. B. Boiler oder Durchlauferhitzer) erzeugt wird, wird - bezogen auf die jeweils maßgebenden Regelbedarfe - gegebenenfalls ein pauschal gestaffelter Mehrbedarf anerkannt.
- Für voll erwerbsgeminderte Empfänger von Bürgergeld wird ab Vollendung des 15. Lebensjahres ein Mehrbedarf in Höhe von 17 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs anerkannt, wenn sie Inhaber eines Schwerbehindertenausweises mit dem Merkzeichen G sind.